



Rundbrief Mongolei Feb. 2015

Mongolei: Nach der Krise ist vor der Krise

Mit einem geradezu abenteuerlichen Vorschlag versucht der gerade mühsam ins Amt gekommene Ministerpräsident Saikhanbileg Chimed, am mongolischen Parlament vorbei seine Politik durchzusetzen: In einer Fernsehsendung hat er die mongolische Bevölkerung aufgefordert, per SMS über die zukünftige Politik abzustimmen: Mit „A“ solle stimmen, wer für weiter milliardenschwere Bergbauprojekte, mit „B“, wer für eine rigide Sparpolitik sei. Eine „X-factor“-Politik sei dies, so beurteilte die Financial Times diesen Versuch, am Parlament vorbei ein Plebiszit herbeizuführen. Und weiter, so zitiert die FT einen Lobbyisten: Der Premierminister versuche, die Öffentlichkeit gegen das parlamentarische Hickhack zu mobilisieren. Das erinnert doch stark an die antidemokratische Hetze von der „Schwatzbude Reichstag“ vor 1933.

Die Alternativen, die der Ministerpräsident im Fernsehen erläuterte, wurden von ihm in etwa folgendermaßen vorgestellt:

„Alternative 1: Die Mongolei wird ohne Diskussion und Widerstand die großen Projekte wie Oyutolgoi und Tavan-Tolgoi laufen lassen. Alle Explorationstätigkeiten werden fortgesetzt, die Investoren können ohne Einschränkung ins Land kommen, das Gesetz mit dem langen Namen wird revidiert, das Wasserwerk am Egiin-Gol wird gebaut, Privatisierung des Staatsbesitzes wird vorangetrieben, die Privatisierung des Bodens wird umgesetzt usw.. Und wenn dann ein Populist kommt und Widerstand leisten will, werden wir sagen „Sorry. Das hat das Volk entschieden.“

Alternative 2: Disziplin und Konsumreduzierung. Alle Geber-Parteien ins Land kommen lassen. Sie werden in Mongolbank Geld zur Verfügung stellen. Dann werden wir das Sparprogramm des Internationalen Währungsfonds durchführen, damit der Wert des Tugriks stabilisiert wird. Das wird ein oder eineinhalb Jahre dauern.“

Insgesamt wurden bisher in der Mongolei 4,2 Millionen Telefonkarten verkauft. Alle Inhaber der 3,3 Millionen aktiven Telefonkarten wurden per SMS aufgefordert, sich an der Abstimmung zu beteiligen. (Das sind mehr Telefone als die Mongolei insgesamt Einwohner hat.) Bei der Aktion sind Antworten von 365.841 Telefonen eingegangen. Man darf davon ausgehen, dass Inhaber mehrerer Telefonkarten auch mehrfach abgestimmt haben. Etwa ein Sechstel der Antworten (63.833) waren „ungültig“. In vielen Fällen waren diese ungültigen Antworten Ausdruck von Ablehnung, Es wird von Beschimpfungen und anderen Unmutsäußerungen berichtet. Für **Alternative 1** stimmten 56,1%, für **Alternative 2** stimmten 43,9%.

Wenn man davon ausgeht, dass etwa 1,6 Millionen Mongolen bei Wahlen stimmberechtigt sind (bei den Wahlen 2008 waren es etwa 1,5 Millionen), und andererseits bei den 300.000 eingegangenen SMS-Nachrichten auch nicht stimmberechtigte Jugendliche sowie Ausländer mit mongolischen Telefonkarten gezählt wurden, so kommt man auf maximal 10% Zustimmung bei dieser Aktion und etwas weniger Ablehnung. Eine irgendwie geartete Legitimation lässt sich aus diesem Ergebnis nicht herauslesen.

Für Nick Cousyn, leitender Direktor des größten Börsenmaklers der Mongolei (BDSec), ist die Sache klar: „Damit wird die Alternative auf den Punkt gebracht: Wohlstand oder Armut. Und noch selten, wenn überhaupt, haben Bürger die Armut gewählt.“ (Chikago Tribune, 29.1.2015).





Rundbrief Mongolei Feb. 2015



bbaatar

11h



Eine mongolische Karikatur zur Abstimmung: Jede der beiden Alternativen führt ins Schlachthaus (Njadalgaa)

Nun ist das mit der Armut in der Mongolei so eine Sache: Trotz einer weltweit führenden Steigerung des Bruttosozialprodukts der Mongolei seit mehr als 15 Jahren kommt davon bei etwa 30% der Bevölkerung nichts an. Sie lebt unterhalb der Armutsgrenze. Die gesamte neoliberale Entwicklung der mongolischen Wirtschaft seit der Wende 1990 hat Profite allein für eine relativ geringe neue Oberschicht und insbesondere die internationalen Investoren gebracht.

Die sinkenden Rohstoffpreise an den Weltmärkten haben die Hoffnungen vieler Mongolen, an dem Reichtum teilhaben zu können, ad absurdum geführt. Der mongolische Staatshaushalt basiert auf immer unrealistischer werdenden Annahmen, mit den Einnahmen aus dem Bergbau die Entwicklung des Landes finanzieren zu können: Anfang der 1990er Jahre wurden Bergbau-Investoren mit dem Versprechen ins Land geholt, sämtliche Profite steuerfrei außer Landes schaffen zu können. Diese Einladung zur Ausplünderung sollte sich für die Mongolei allein dadurch lohnen, dass Arbeitsplätze im Land geschaffen würden, die dem Land aus der Not helfen würden. In mehreren Reformen dieses weltweit





Rundbrief Mongolei Feb. 2015

einmaligen Gesetzes zur Ausplünderung eines Landes wurden Steuern auf Rohstoffe eingeführt und für strategische Rohstoffe eine Staatsbeteiligung beschlossen. Die entschädigungslos vertriebenen Viehhalter konnten nach langen Kämpfen 2008 mit dem „Gesetz mit dem langen Namen“ eine Grundlage schaffen, die die mongolische Landschaft vor weiterer Zerstörung schützen könnte, wenn es denn angewandt würde. Doch trotz eines höchstrichterlichen Urteils im Jahr 2011, dass endlich die Ausführungsbestimmungen zu erlassen seien, kommt keine Regierung diesem Urteil nach.

Um welche Summen es dabei geht, wenn endlich die Zerstörung der Landschaft in Rechnung gestellt würde, macht beispielhaft diese Aufstellung der durch die Erschließung der Goldmine von Gatsuert durch den kanadischen Bergbaukonzern Centerra Gold verursachten Schäden deutlich:

- Zerstörung von Weideland: 685 Millionen Tugrik
- Verseuchung von Boden: 6,6 Milliarden: Tugrik
- Verseuchung von Oberflächenwasser: 658.000 Tugrik
- Verseuchung von Grundwasser: 14 Millionen Tugrik
- Zerstörung des Waldes: 8 Millionen Tugrik
- Gesamter Schaden: 8 Milliarden Tugrik. Dies entspricht etwa 3 – 4 Millionen EUR

Diese Aufstellung wurde von mongolischen Umweltschützern vorgenommen, die sich um die großen Flüsse der Mongolei herum zusammengeschlossen haben.

Ein mongolischer Kommentar zur Abstimmung

Anlässlich dieser Abstimmung schrieb D. Gankhuyag am 4.2.2014 in seinem Blog <http://ganaa.mn/> mehrere Thesen, die darauf hinauslaufen, dass dieses Vorgehen der neuen Regierung ein klarer Verfassungsbruch seien. Er befürchtet, dass die jetzige Regierung während der Sitzungspause des mongolischen Parlaments vom 10. Februar bis zum 5. April mit dem Verkauf von Oyu Tolgoi vollendete Tatsachen schaffen will. Es sei nun an der Zeit, die Verfassung im Sinne einer wirklichen Demokratie zu ändern, wie es der Abgeordnete Uyanga gefordert habe:

*„Das Ergebnis der von der Regierung aufgerufenen Anfrage ist nun da. Die **Antwort-1** „Mega-Projekte wie Oyu-Tolgoi durchführen“ hat 56.1% Stimmen bekommen. Aber diese Anfrage ist nun ein Bruchteil von geplanten Intrigen der Regierung. Was gibt es noch?*

Ich habe oft gewarnt, dass sie raffiniert sind. Diesmal haben sie uns gezeigt, dass sie sehr raffiniert sind. Aber wenn sie denken, dass sie uns reinlegen werden, haben sie uns unterschätzt.

*Den Sparentwurf (Anmerkung ES: **Alternative 2** der Abstimmung) der Regierung hat das mongolische Parlament abgelehnt. Die Absicht, das Kindergeld abzuschaffen, das Gehalt von Lehrern und Ärzten zu kürzen ... hat die Öffentlichkeit wütend gemacht.... Diese (Spar-) Maßnahmen hat das Parlament abgelehnt. Die Abgeordneten haben schließlich ein Interesse daran, wieder gewählt zu werden. Daher hat sich die Mehrheit des Parlaments von der Sparpolitik der Regierung eindeutig distanziert. Anders gesagt, die Antwort – 2 der Anfrage hat keine reale Chance zur Verwirklichung gehabt.*



Rundbrief Mongolei Feb. 2015

Die Reduzierung (auf die zwei Alternativen) war dabei sehr raffiniert eingefädelt. Im Parlament war nie von zwei Alternativen gesprochen worden, sondern immer über mehrere Möglichkeiten.

Absichtlich hat die Regierung bei der Anfrage nur zwei Alternativen vorgeschlagen, obwohl die Alternative 2 im Parlament schon abgelehnt worden war. Dadurch hat die Regierung die Zustimmung zur Alternative eins präjudiziert. Und hinter dieser Alternative steht die Absicht, die Anteile von Oyu-Tolgoi verkaufen.

Dieses Verkaufen der Bodenschätze von Oyu Tolgoi war von Anfang an die Absicht der Regierung. Das ganze Manöver war eine reine Ablenkung von diesem eigentlichen Ziel. Die jetzige Regierung setzt damit die Politik aller Regierungen der Mongolei in den letzten Jahren fort, die immer wieder gegen den Willen der Mongolen eine solche Politik der Verschleuderung der mongolischen Reichtümer betrieben haben.

Die korrekte Vorgehensweise der Regierung wäre gewesen, nach der Ablehnung ihrer Sparpolitik durch das Parlament eine Alternative dort zur Abstimmung zu stellen. Stattdessen hat sie diesen vorgeschriebenen verfassungsgemäßen Weg nicht eingeschlagen, sondern entgegen der Verfassung dieses Vorgehen mit der SMS-Befragung gewählt.

Wenn sie diese Verkaufspolitik im Parlament hätte offenlegen müssen, dann würden noch sehr viel mehr ungesetzliche Handlungen öffentlich diskutiert werden. Diese Regierung hat das mongolische Parlament mit einem verfassungswidrigen Vorgehen ignoriert. Das war der erste brutale offene Verfassungsbruch in der Geschichte der mongolischen Demokratie.

Mit dieser gesetzwidrigen Anfrage will die Regierung sich die Legitimation für den Verkauf von Oyu-Tolgoi verschaffen, ohne dazu die Zustimmung des Parlaments oder eine ordentliche Volksabstimmung herbeizuführen.

Dieser giftige Plan ist sehr sorgfältig vorbereitet. Am 10. Februar wird das Parlament eine Sitzungspause haben. Die Frühlingsversammlung beginnt erst wieder am 05. April.2015. Und in dieser Sitzungspause kann die Regierung Oyu-Tolgoi und die andere Objekte verkaufen. Sie riskiert dabei wenig: Im schlimmsten Fall wird sie zurücktreten und ins Ausland gehen. Sie hätten dann ihren Auftrag für ihre ausländischen Auftraggeber erfüllt. Und sie spekulieren darauf, dass einmal von einer mongolischen Regierung geschlossene Verträge gültig bleiben, egal unter welchen Bedingungen sie eingegangen wurden.

Die mongolische Politik ist komplett pleite. Alle mongolische Parteien sind zersört und korrupt. Es ist die Zeit gekommen, wie Abgeordnete Uyanga gesagt hat, die Zeit der Änderung der Verfassung."

Der Verfasser dieser Thesen ist der in der Mongolei sehr bekante oppositionelle freie Journalist D. Gankhuyag.

- 1954 in Nalaikh geboren studierte er 1972 – 1977 Wirtschaft an der Mongolischen Staatsuniversität.
- 1987-1990 Studium an der Akademie der Gesellschaftswissenschaft in Bulgarien, war beschäftigt als Direktor des Analyse-Institutes des mongolischen Parlaments, Berater und Referent für das mongolische Parlament und den Präsidenten.





Rundbrief Mongolei Feb. 2015

- 1996-1998 Vorstandsmitglied der mongolischen Revolutionären Partei (alte Kommunistische Partei)
- 1998 auf eigenen Antrag aus dem Vorstand ausgetreten
- Wegen seiner kritisch geschriebenen Artikeln wurde er fünf mal aus der Arbeit entlassen und 2004 aus der Partei ausgeschlossen.
- Wegen eines Artikels über den damaligen Mongolbank-Präsident O. Chuluunbat und über dessen Machenschaften wurde er 2006 verurteilt.
- Teilnehmer bei mehreren internationalen und nationalen Analyse-Projekten als Leiter, Berater und Teammitglied.
- Heute beschäftigt er sich mit Systemanalyse und lebt mit seiner Frau, Sohn und Tochter. in Ulaanbaatar.

Ein denkwürdiger Prozess und ein denkwürdiges Urteil

Das jetzt vom Ministerpräsidenten angestrebte Plebiszit fällt zeitlich und wahrscheinlich nicht zufällig zusammen mit einem Gerichtsurteil, in dem ein US-amerikanischer und zwei weitere ehemalige Angestellte von SouthGobi Resources, wegen Steuerhinterziehung zu Gefängnis zwischen fünf und sechs Jahren verurteilt wurden und die Gesellschaft zu 18 Millionen Dollar Strafe verurteilt wurde.

(<http://www.bloomberg.com/news/articles/2015-01-30/mongolia-finds-southgobi-employees-guilty-of-tax-evasion>).

SouthGobi Resources ist ein Ableger von Rio Tinto und in die Auseinandersetzung um den Fortgang von Oyu Tolgoi involviert. Und tatsächlich geht es in dem nun angestrebten Plebiszit vor allem um diese dann größte Kupfer-/Gold-Mine der Welt, an deren Entwicklung auch dieser Ministerpräsident seine Existenz gebunden hat.

Dieses Urteil rief wütenden Protest der Investoren hervor. So schrieb Michael Kohn von „Bloomberg“: „Das Urteil könnte schwere Auswirkungen auf die herumkrebende mongolische Wirtschaft haben. Sogar einige Regierungsmitglieder sagen, dass es schlecht ausgefallen sei und ein falsches Signal an die ausländischen Investoren ausgesandt habe. Es hat auch ein Schlaglicht auf ein Justizsystem geworfen, in dem Angestellte für Verfehlungen der Gesellschaft verantwortlich gemacht werden können, und in dem Behörden Zeugen an der Ausreise hindern dürfen.“

Die Bedeutung dieses Urteils liegt darin, dass hier Ausländer für ein Verhalten bestraft werden, das sie seit Öffnung der Mongolei für internationale Konzerne als ihr selbstverständliches Recht angesehen haben: Bereichern, Ausplündern, Bestechen, und das Mittel hierfür war und ist Korruption.

Der Kampf gegen die Korruption steht bei allen Parteien ganz oben auf der Liste der politischen Ziele. Und immerhin hat die Mongolei es auf dem anerkannten Korruptionsindex von „transparency international“ vom 120. Platz noch 2011/2012 (von 174 Ländern) nun auf einen Platz in den 80ern gebracht.

Und die Korruption ist in der Mongolei keineswegs ein Problem der mittleren Verwaltung: Sowohl der letzte Ministerpräsident wie auch sein Vorgänger wurden wegen Verwicklung in Korruption aus dem Amt gejagt. Der vorletzte wurde dafür sogar zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Wie ein ewiges Mahnmal steht gegenüber der Hauptpost in Ulaanbaatar das Denkmal des Abgeordneten Sandschaasürengein Zorig, der 1999





Rundbrief Mongolei Feb. 2015

ermordet wurde – vermutlich, weil dieser Protagonist der demokratischen Wende von 1990 als Kämpfer gegen die Korruption mit guten Aussichten in den Wahlkampf gezogen war.

Uranabbau in der Mongolei vor dem Aus?

Am 4.2.2015 wurde im mongolischen Parlament über das Atomgesetz, die Atomenergiebehörde und den Uranabbau diskutiert. Um die Atomenergiebehörde abzuschaffen, müsste das Gesetz geändert werden. Der Parlamentspräsident Z. Enkhbold sprach sich für die Abschaffung der Behörde mit folgender Begründung aus:

1. Areva konnte keine Sicherheitsgarantie für seine Technologie geben. Damit meinte er das „In Situ Leaching“. Die Mongolei sollte warten bis sie eine Garantie bekommt.
2. AREVA möchte des Abbau erst 2021 fortsetzen, da bis dahin wegen niedrigem Weltmarktpreis für Uran der Abbau nicht rentabel ist.
3. Der Sicherheitsausschuss der Mongolei hat diskutiert, keine weitere Uran Lizenzen zu erteilen.

Dagegen haben einige Abgeordneten (S. Oyun , M. Batchimeg und andere) sich für das Beibehalten des Behörde und des Gesetzes ausgesprochen. Derzeit ist das Ergebnis dieser Diskussion völlig offen

Und auch für AREVA scheint das mongolische Spiel noch nicht völlig aussichtslos. Eifrig wird Lobbyarbeit betrieben, wobei der Abgeordnete der Provinz Ost-Gobi nicht nur einer der eifrigsten Uran-Lobbyisten ist, sondern dazu ausgerechnet ein Halbbruder des Nomaden Namsuren ist, der mit am meisten Tiere in Ulanbadrakh verloren hat.

Protestdemonstration der Landwirte

Gegen die Ankündigung der Regierung, Getreide aus Russland anzukaufen, haben in Ulaanbaatar nun auch die Landwirte demonstriert. Bis zur Wende 1990 war die Mongolei trotz aller Probleme der Landwirtschaft in ariden Gebieten in der Lage, den eigenen Bedarf an Kartoffeln, Getreide, Karotten etc. zu decken und diese Produkte sogar teilweise auszuführen. Nach der Wende verfielen die Staatsgüter (es gab 19 davon; das in Deutschland bekannteste ist das von Bornuur, das von der LPG Ernst Thämann in Berlin-Wasmansdorf unterstützt wurde) und die Mongolei litt Hunger und musste Lebensmittel importieren. Seit 2006 gab es Initiativen der Regierungen, den Ackerbau wieder zu forcieren. Wer heute durch den Selenge-Aimag nach Norden und dann in Richtung Erdenet fährt, wird das Ergebnis dieser Anstrengungen sehen: Überall Felder, die auch immer wieder zur Erholung der Vegetation brach liegen. Die Mongolei – so die jetzt protestierenden Landwirte – hat nun genug Grundnahrungsmittel und kann aus sich damit aus eigener Kraft versorgen.

Doch getreu dem neoliberalen Motto „Survival of the fittest“ sind die mongolischen Landwirte auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig. Russisches Getreide ist billiger und so sehen sich die Landwirte von der eigenen Regierung verraten. Sie teilen damit das Schicksal ihrer Berufskollegen aus Griechenland, der Slowakei, den Ländern Afrikas, Indiens: Sie sind gegen die internationale Konkurrenz nicht wettbewerbsfähig. Ihr Schicksal ist damit vorgezeichnet: Abwanderung in die Slums von Ulaanbaatar, wenn sich an der Politik nichts ändert. Dass diese Menschen dann für die Gesellschaft sehr viel teurer werden, spielt in den neoliberalen Konzepten keine Rolle.





Rundbrief Mongolei Feb. 2015

Gatsuurt zur „strategischen Ressource“ erklärt

Alle Proteste haben nichts bewirkt: Ende Januar wurde die Goldmine Gatsuurt durch das mongolische Parlament zur „strategischen Ressource“ erklärt. Gegen eine Beteiligung des mongolischen Staates von 34% kann nun unter Umgehung des „Gesetzes mit dem langen Namen“ die Erschließung dieses Goldvorkommens vorangetrieben werden. (siehe dazu auch: <http://www.centerragold.com/operations/gatsuurt>).

Centerra will das Gold aus dem Erz mithilfe des BIOX-Verfahrens gewinnen. Dabei wird das zerkleinerte Erz mit Wasser und Mikroorganismen besprüht, die das Gold aus dem Erz herauslösen. Bei diesem Verfahren wird auf das (in der Mongolei sowieso verbotene) Quecksilber verzichtet. Nicht verzichtet werden kann aber auf das Zyanid. Außerdem benötigt dieses Verfahren relativ viel Wasser.

Die Verarbeitung des in Gatsuurt gewonnenen Gold-Erzes soll in den Anlagen der stillgelegten Lagerstätte Boroo etwa 50 km entfernt erfolgen.

9. Februar 2015: Hungerstreik vor dem Parlament

Für den 9. Februar haben 50 Umweltschützer vom United Movement of Mongolian Rivers and Lakes (Vereinigte Bewegung zum Schutz mongolischer Flüsse und Seen) einen Hungerstreik vor dem Parlament angekündigt.

Sie reagieren mit dieser Aktion auf die Weigerung des neuen Premierministers der Mongolei, Herrn Saikhanbileg, der auf ihre Bitte vom 23. Januar nach einem Treffen nicht einmal reagiert hat.

Hier der Wortlaut dieses Briefes vom 23. Januar:

Wir, Mitglieder und Unterstützer der Vereinten Bewegung zum Schutze der mongolischen Flüsse und Seen aus Ulaanbaatar und 10 Provinzen, haben ein Treffen mit Ihnen vorbereitet, das wir mit Ihrem Büro vereinbaren wollten, leider vergeblich. Deshalb wenden wir uns mit diesem Anliegen an Sie:

Seit der Verabschiedung des Gesetzes mit dem Langen Namen sind nun fünf Jahre, sechs Monate und sieben Tage vergangen.

Seit der Anordnung Nr. 867 des Staatsgerichtshof der Mongolei, in dem die Regierung verurteilt wurde, dieses Gesetz in Kraft zu setzen, sind nunmehr vier Jahre, drei Monate und vier Tage vergangen.

Seit dem erneuten Urteil Nr. 1249 der Richterin Oyuntuya N. sind nun schon zwei Jahre, elf Monate und neun Tage vergangen.

In Artikel 14, Absatz eins der mongolischen Verfassung steht: „... alle Bürger der Mongolei sind vor dem Gesetz der Mongolei gleich...“ Und in Artikel 50, Absatz zwei heißt es: „...“





Rundbrief Mongolei Feb. 2015

Entscheidungen des Hohen Gerichts sind endgültig und alle anderen Gerichte und darin eingebundene Institutionen sind verpflichtet, diesen Urteilen zu folgen..."

Alle diese Urteile sind jedoch nicht umgesetzt worden. Stattdessen hat der (damalige) Premierminister Altankhuyag am 10. September 2013 eine Novellierung dieses Gesetzes ins Parlament eingebracht. Diese Aktion muss als krimineller Tatbestand nach Paragraph 258 des Strafgesetzbuchs der Mongolei angesehen werden: Nichtbefolgung gerichtlicher Auflagen.

Angesichts dieser Umstände fordern wir von Ihnen, diesen kriminellen Vorstoß ihres Amtsvorgängers Altankhuyag zu korrigieren und freiwillig von diesem kriminellen Akt kraft Ihres von der Verfassung und Gesetz über die monogolische Regierung verliehenen Gewalt zurückzutreten.

Wir verlangen eine offizielle Antwort innerhalb einer Woche. Bleibt sie aus werden wir die nächste Stufe in unserem Kampf ergreifen.

Geschrieben und unterzeichnet von:

- D. Ganbold, Vorsitzender des United Movement of Mongolian Rivers and Lakes
- Ya. Tserenkhand, Geschäftsführerin des United Movement of Mongolian Rivers and Lakes
- D. Dungarmaa, Viehhalter aus Bag 1, BayanUndor, Bayanhongor Aimag
- T. Sergelen Viehhalter aus Bag 3, BayanUndor, Bayanhongor Aimag
- A. Ariunaa, Viehhalter aus Gurvantes, Südgobi Aimag
- B. Dashtsoodol, Viehhalter aus Bag 5, Gurvanbulag, Bayanhongor Aimag

Unterstützt von:

- D. Sosorbaram, Staatspreisträger Schauspiel
- G. Jamyán, Staatspreisträger Journalismus
- G. Ravdan, Staatspreisträger Schauspiel
- R. Narangerel, Direktor des Bürger-Erziehungs-Zentrums
- D. Shagdarsure, Staatspreisträger und Vorsitzender der NGO „Peaceful world“

Zur Erinnerung: Der Protest vom September 2013 gegen die Novellierung des Gesetzes durch Ts. Munkhbayar brachte ihm und fünf weiteren Aktivisten eine mehrjährige Gefängnisstrafe ein. Wir berichteten.

Wie geht es weiter mit der Mongolei?

Das vom Ministerpräsidenten Saikhanbileg Chimed an der Verfassung vorbei durchgeführte Plebiszit wie auch der Versuch, bestehende Gesetze im Interesse „strategischer Ressourcen“ nicht mehr anwenden zu müssen, macht das Dilemma der herrschenden politischen Klasse der Mongolei deutlich. Die Versprechungen der letzten 24 Jahre nach Wohlstand für alle hat sich nicht erfüllt, im Gegenteil: Der Mongolei droht ein Staatsbankrott. Diese Entwicklung führt an verschiedenen Fronten zu gesellschaftlichen Brüchen: Die Viehhalter auf dem Land sehen sich ihrer Existenzgrundlage zunehmend beraubt. Dem erklärten Ziel der verschiedenen mongolischen Regierungen, die Anteil der Viehhalter-Haushalte mittelfristig auf 10% zu verringern, steht keinerlei Perspektive für diese Familien gegenüber, die sich heute in den Elendsvierteln von Ulaanbaatar wiederfinden. Der städtischen Bevölkerung, die in den letzten Jahren den Traum vom schnellen Reichtum



Rundbrief Mongolei Feb. 2015

träumten, wird zunehmend bewusst, dass auch sie in der Mehrheit nicht zu den Gewinnern zählen werden.

Die immer schnelleren Wechsel von Ministerpräsidenten und Regierungskoalition machen deutlich, dass das politische System der Mongolei diesen Herausforderungen kaum gewachsen ist. Die Versuche des aktuellen Ministerpräsidenten Saikhanbileg Chimed, nun mit dem SMS-Plebizit und einem Ermächtigungsgesetz zur Aushebung wichtiger Gesetze zugunsten der Ausbeutung „Strategischer Ressourcen“ bedeuten nichts Gutes.

Nun ist es amtlich: Es gibt drei Millionen Mongolen

Anfang 2015 war es amtlich: Es gibt nun drei Millionen Mongolen. Damit sind nun andere Zahlen hinfällig, die z.B. in Wikipedia die Volkszählung von 2012 schon mit 3.179.997 Mongolen zitieren (<http://de.wikipedia.org/wiki/Mongolei>).

Damit hat die Bevölkerung der Mongolei in den letzten 24 Jahren seit dem Ende des Sozialismus um etwa 800.000 Menschen zugenommen, also eine Zunahme um 36%. Stellt man diesem Wachstum das Wachstum der letzten 33 Jahre des Sozialismus gegenüber, so nahm damals die Bevölkerung von 800.000 (1957) auf 2,2 Millionen (1990) zu, also eine Zunahme um 175%. und noch überraschender ist das Ergebnis, wenn die Bevölkerungsentwicklung von etwa 1920 mit 600.000 bis 1957 mit 800.000 Menschen betrachtet wird: In diesen 37 Jahren nahm die Bevölkerung nur um 33% zu.

Diese Bevölkerungsentwicklung nach dem zweiten Weltkrieg hat eine einfache Erklärung: Bis dahin war die Mongolei neben Tibet die Region mit der größten Verbreitung der Syphilis, die insbesondere durch die Bettelmönche verbreitet wurde. Bis in die 30er Jahre hinein war etwa die knappe Hälfte der männlichen Bevölkerung als Mönche unterwegs. Die Kinderrate war auf weit unter zwei pro mongolischer Frau abgesunken. Anfang der 50er Jahre wurde durch sowjetische Ärzte eine Kampagne zur Ausrottung der Syphilis durchgeführt, die für die Betroffenen sicher „übergreifig“ und traumatisierend verlief, letztlich aber von Erfolg gekrönt war. Die Syphilis wurde ausgerottet. Die Kinderrate stieg auf über vier Kinder pro Frau (es wird eine „Fertilitätsrate“ von etwas über sieben berichtet), die Förderung von kinderreichen Familien war enorm, langer Mutterschaftsurlaub und früherer Renteneintritt und andere Maßnahmen führten zu der Redensart: „Früher war die Jurte voll mit Lämmern, heute ist sie voll mit Kindern“.

Seit der Wende 1990 sinkt die Kinderrate wieder. Sie liegt heute wieder bei etwas über zwei pro Frau. Die Familien werden wieder kleiner und damit wird der Bevölkerungszuwachs wieder abnehmen. Es kann also keine Rede davon sein, dass die Mongolei – wie manchmal behauptet wird – aktuell eine besonders rasche Bevölkerungsentwicklung durchläuft. Was sich aber sehr verändert hat, ist der Anteil der städtischen Bevölkerung, die sich während der sozialistischen Epoche von etwa 30% auf 56% und seitdem auf etwa 70% erhöht hat. (Daten nach: <http://knoema.de/atlas/Mongolei>). Damit liegt die Mongolei voll im internationalen Trend der Urbanisierung.

Eike Seidel
01.02.2015

